torisch machen, das ist ganz ausgeschlossen. — Nach einer kurzen Entgegnung des Abgeordneten Severing schließt die Besprechung. — Schluß nach 6¼ Uhr. — Morgen 3 Uhr: Erste Lesung der Vorlage betreffend Haftung für Versehen von Beamten, dritte Lesung der Zivilprozeßnovelle, zweite Lesung des Viehseuchengesetzes.

Zur Reichsfinanzreform.

Berlin. (Priv.-Tel.) Wie der „Tägl. Rundsch." zufolge aus verläßlicher Quelle verlautet, wird jetzt ernsthaft der Plan erwogen, anstelle der Erbschaftssteuerung 100 Millionen Matrikularbeiträge während eines Provisoriums von drei Jahren zu erheben. Während dieser Zeit sollen alsdann anderweitige Steuervorschläge, die lediglich den Besitz in seinen verschiedenen Arten gleichmäßig treffen, ausgearbeitet werden. Für das Königreich Preußen würde sich in der Zwischenzeit die Aufbringung einer für das Reich benötigten Summe von etwa 60 Millionen Mark direkter Steuern am einfachsten durch Zuschläge zur Vermögenssteuer bewirken lassen. Den anderen Bundesstaaten bleibt die Art der Aufbringung von etwa 10 Mill. Mk. direkter Reichssteuern überlassen. Man nimmt an, daß es innerhalb dreier Jahre gelingen werde, die Besitzsteuerfrage auf geordnete Grundlagen zu stellen und dabei auch dem steuertechnischen Grundsatze zum Rechte zu verhelfen, daß mit dem Wachstum der Bevölkerung und des Nationalwohlstandes von selbst steigende Steuererträge für das Reich erzielt werden. Es gilt als selbstverständlich, daß bei diesen Bestimmungsplänen die erweiterte Erbschaftsbesteuerung nicht ausgeschaltet wird. Es handelt sich zunächst nur darum, eine Verständigung unter den Blockparteien herzustellen. Man rechnet sogar damit, daß auch das Zentrum diesem Steuervorschlage zustimmen werde, da es sich bekanntlich sehr energisch gegen die bisherige Gestaltung der Matrikularbeiträge ausgesprochen und auch sonst für die partikularistische Lösung der Finanzfrage wiederholt lebhaftes Interesse bekundet hat. — Dem Blatt erscheint der Vorschlag nicht sehr annehmbar.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Seniorenkonvent des Reichstages lehnte den in der Finanzkommission geäußerten Wunsch, die ganze Woche bis nächsten Dienstag der Finanzkommission für ihre Arbeiten freizugeben, ab. Man erklärte es nicht für angängig, die Abgeordneten zu zwingen, ihre auf Grund des letzten Seniorenbeschlusses getroffenen Dispositionen wieder umzuwerfen. Ueberdies würde durch die Freigabe dieser Woche für die Arbeit der Finanzkommission doch nicht zu viel gewonnen sein, da diese sich voraussichtlich noch sehr lange ausdehnen und vor Pfingsten kaum beendet werden dürfte. Gewiß sei eine Klärung der Situation wünschenswert, aber dies würde ja doch nicht erreicht, wenn das Plenum seine Sitzungen aussetze, sondern nur dadurch, daß die entscheidende Vorlage an das Plenum kommt. Und zu alledem hätten alle die Vorlagen, die von den Kommissionen schon durchberaten sind und zur zweiten und gar zur dritten Lesung stehen, auch ihr Recht der Verabschiedung. Es bleibt aber dabei, daß das Plenum vom Dienstag bis Donnerstag tagt. In der Erwartung, daß der Seniorenkonvent der Anregung der Finanzkommission Folge geben würde, hat sowohl die Finanzkommission als auch die Budgetkommission ihre nächste Sitzung auf morgen, Mittwoch nachmittag, angesetzt, weil am Vormittag der Ausflug der Reichstagsabgeordneten nach Tegel zur Besichtigung der Uebungen des Luftschifferbataillons stattfindet. Beide Kommissionen haben jetzt die Sitzungen für morgen abgesagt. Morgen tagt die Tabaksteuerkommission. Auch die Gewerbekommission kann nunmehr ihre Absicht, Donnerstag und Freitag den ganzen Tag zu sitzen, um die Gewerbenovelle vor Pfingsten zu erledigen, nicht durchführen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Finanzkommission des Reichstags setzte heute die Beratung des Branntweinsteuerentwurfs fort. Zur Behandlung stand die Frage des Brennrechts nach der Durchschnittsproduktion. In der 10jährigen Periode von 1897/98 bis 1906/07 wird nach der Vorlage ein Durchschnittsbrand festgestellt, unter Fortlassung der höchsten und der geringsten Jahresziffer. Ueberschreitung dieses Durchschnittsbrandes wird durch eine mindestens 50prozentige Erhöhung der auf die betreffenden Brennereien fallenden Betriebsanlage bestraft. Die letzten beiden Betriebsjahre hat die Vorlage bei der Beratung des Durchschnittsbrandes herausgelassen, weil eine Anzahl von Hefenbrennereien in diesen beiden Jahren ihre Produktion ganz außerordentlich erweitert hat. Angenommen wurde ein nationalliberaler Antrag, wonach unter Aufrechterhaltung des Ausschlusses der letzten beiden Betriebsjahre für die Berechnung des Durchschnittsbrandes bei den gewerblichen Hefebrennereien die fünfjährige Produktionsperiode 1902/03 bis 1906/07 zugrunde gelegt wird, unter Kürzung des sich dabei ergebenden Durchschnittsbrandes, um 10 Prozent. Ein völlig negatives Ergebnis hatte die Verhandlung über § 61. Danach sollen die neuen gewerblichen Brennereien, sowie die alten Brennereien, die im Durchschnitt der fünfjährigen Periode 1902/03 bis 1906/07 ihren Betrieb gegenüber dem Durchschnitt der letzten fünfjährigen Periode um mehr als 30 Prozent erweitert haben, bei der Feststellung des Durchschnitts um 10 Prozent gekürzt werden. Sämtliche Anträge hierzu wurden abgelehnt, ebenso die Vorlage. Nach Erledigung des § 63 über den Durchschnittsbrand der nach dem Inkrafttreten des letzten Branntweinsteuergesetzes 1902 entstandenen landwirtschaftlichen Brennereien vertagte sich die Kommission auf morgen.

Preußischer Landtag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Abgeordnetenhaus setzte die Beratung des Kultus-Etats bei den höheren Lehranstalten fort. Regierungsseitig wurde darauf hingewiesen, daß die Realanstalten in den letzten Jahren ständig zugenommen haben, daß aber der Umwandlung von Gymnasien in Realanstalten in den kleineren und mittleren Städten Widerstand entgegengesetzt werde; ferner, daß die Regierung zu der vom Herrenhause beschlossenen Resolution wegen der Pflichtstunden noch keine Stellung genommen habe. Der Sozialdemokrat Ströbel verlangte eine Einheitsschule unter Beseitigung der Vorschulen, und behauptete, in den Schulen werde nur Hurra-Patriotismus, Untertanen-Gesinnung und Bozantinismus gezüchtet.

Die neuen Reichs- und preußischen Staatsanleihen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Es sollen auf die neuen Anleihen im ganzen 1191 Millionen Mark gezeichnet worden sein, davon 832 Millionen 4prozentige Titres und 652 Millionen 3½prozentige Titres. Die Summe der mit Sperrverpflichtung gezeichneten Stücke soll sich auf 490 Millionen Mark belaufen. Das Resultat ist, wie schon betont wurde, ein zufriedenstellendes, da spekulative Zeichnungen fast gar nicht erfolgt sind.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Sitzung des Uebernahme-Konsortiums zwecks Festsetzung des Zeichnungsergebnisses und der Zuteilungen der neuen Reichs- und preußischen Staatsanleihen findet am nächsten Donnerstag vormittag bei der Reichsbank statt.

Beschränkung der Dienstreisen von Beamten.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Ministerialerlaß, der Anordnungen behufs tunlichster sachgemäßer Beschränkung der Dienstreisen von Beamten trifft, wird jetzt im „Staatsanz." veröffentlicht. Im Eingange heißt es: „Die Reisetätigkeit der Beamten hat in den letzten Jahren einen Umfang angenommen, der vielfach über das Maß des Notwendigen hinausgeht und zu einer nicht zu rechtfertigenden Belastung der Fonds geführt hat. Wenn auch anerkannt werden muß, daß es für den Beamten vielfach notwendig ist, sich über die örtlichen Verhältnisse aus eigener Anschauung ein Urteil zu bilden, so muß doch eine zu ausgedehnte oder unzweckmäßig verteilte Reisetätigkeit der Beamten unter allen Umständen vermieden werden, und zwar um so mehr, als ein Mißbrauch in dieser Beziehung nur zu leicht geeignet ist, das Ansehen der Beamten zu schädigen."

Zum Tode des Erzbischofs von München.

München. (Priv.-Tel.) Der Tod des Erzbischofs von München erfolgte in Gegenwart des päpstlichen Nuntius Monsignore Frühwirth, der selbst nach längerem Leiden zufällig gekommen war, den Erzbischof zu besuchen, und nun gleich die Sterbegebete verrichtete. Als Nachfolger des Verstorbenen gilt der im 54. Lebensjahre stehende Bischof von Passau, Freiherr Sigismund von Ow-Felldorf, der frühere Weihbischof in Regensburg.

Internationale Konferenz über das Wechselrecht.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die von der niederländischen Regierung an das Deutsche Reich ergangene Einladung zur Teilnahme an einer Internationalen Konferenz über das Wechselrecht ist seitens der Reichsregierung angenommen worden. Vor Entsendung der deutschen Delegierten werden Beratungen von Sachverständigen stattfinden, zu denen die Bundesregierungen Vertreter entsenden. Die Aufforderung hierzu ist bereits von der Reichsregierung ergangen. England hat bisher keine bindende Erklärung über seine Beteiligung an der Konferenz abgegeben, weshalb der Zeitpunkt der Konferenz noch nicht endgültig festgesetzt ist.

Aus dem Haag.

Haag. Auf die Mitteilung von der Geburt einer Prinzessin, die an sämtliche Staatsoberhäupter Europas und an die meisten in den übrigen Erdteilen ergangen ist, sind dem Prinzen Heinrich der Niederlande die herzlichsten Glückwunschtelegramme zugegangen, in denen die größte Sympathie für das Glück der königlichen Familie und der Niederlande zum Ausdruck kommt.

Zur Lage in Frankreich.

Paris. (Priv.-Tel.) Die Gärung unter den Postbeamten hat bedenkliche Dimensionen angenommen. Es gilt schon als sicher, daß am nächsten Montag der Streik erklärt werden wird, falls die Kammer die Haltung der Regierung in der Maßregelung der Rädelsführer der Bewegung billigt. Da die streikenden Post- und Telegraphen-Beamten die weitgehendste Unterstützung der Arbeitersyndikate zu erwarten haben, so dürfte die Lage sich viel schlimmer gestalten, als bei dem Streik im März.

Paris. Heute sind zwei weitere Postbeamte wegen aufrührerischer Reden am 1. Mai vom Amte suspendiert worden. Die Agitation unter den Postbeamten dauert an. Die Postbeamten von Bordeaux haben telegraphisch die schleunige Mitteilung ihrer Beförderungsliste verlangt.

Marokko.

Tanger. Nach der Meldung eines am 30. April aus Fez abgegangenen Boten hat der Kaid Aka-Hamon den aufständischen Teil der Beni-Mter entscheidend geschlagen, während zwischen einer Hafidischen Mahalla und den Truppen El Roghis ein unentschiedenes Gefecht stattgefunden hat. Der Sultan hatte gestern mit den Konsuln Deutschlands, Frankreichs und Englands eine Besprechung über die finanziellen Forderungen der Europäer.

Luftschiffahrt.

Straßburg. (Priv.-Tel.) Die erste Luftschiffverkehrslinie, für deren Errichtung jetzt die Vorkehrungen getroffen werden, soll die Städte Friedrichshafen und Straßburg verbinden. Die Gesellschaft „Luftschiffbau Zeppelin" hat die Errichtung der Linie jetzt endgültig beschlossen. Die Gesellschaft vereinbart mit der Stadt Straßburg den Bau einer großen Halle für zwei Luftschiffe dicht bei Straßburg. Die Linie soll im Mai 1910 eröffnet werden.

Schwerer Unfall eines Luftschiffers.

Paris. (Priv.-Tel.) Der bekannte Aeronaut Graf de Baulx, der am Sonnabend nachts in Gesellschaft des Bruders des Verkehrsministers Barthou einen Aufstieg im Ballon von Paris aus unternahm und stellenweise die Höhe von 4000 Metern erreichte, wurde Sonntag mittag in der Nähe von Avignon von einem Sturme erfaßt und gegen das Meer getrieben. Der Graf entschied sich für eine rasche Landung, wurde jedoch von dem Sturme mit der Gondel an einen Felsen geschleudert und mit seinem Reisegefährten aus der Gondel geworfen. Der Graf blieb bewußtlos liegen; er erlitt, der „B. Z. am Mittag" zufolge, einen Doppelbruch des linken Schenkels. Sein Genosse, der schwere Kontusionen im Gesicht erlitten hatte, eilte zu einem Gasthof und verschaffte dem Grafen Hilfe. Der Graf wurde in das Spital nach Avignon gebracht, wo er bis zu seiner Wiederherstellung bleiben wird.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Kaiser sandte der Gattin des verstorbenen Ministerpräsidenten Freiherrn v. Mittnacht folgendes Telegramm: „Die Nachricht von dem Hinscheiden Ihres Gatten hat Mich mit herzlicher Teilnahme erfüllt, und Ich spreche Ihnen und den Ihrigen zu dem schweren Verluste Mein wärmstes Beileid aus. Der großen Verdienste des Entschlafenen um das deutsche Vaterland werde Ich stets gern und dankbar gedenken. Wilhelm I. R."

Berlin. (Priv.-Tel.) Seit Sonntag abend sind der 23 Jahre alte Schablonenschneider Karl Mertens, seine 21 Jahre alte Frau und die beiden zwei und ein Jahr alten Kinder des Ehepaares aus ihrer Wohnung in der Steglitzer Straße spurlos verschwunden. Nach den Begleitumständen — die Familie lebte in großer Not — ist anzunehmen, daß das Ehepaar mit seinen Kindern den Tod gesucht und gefunden hat.

Berlin. (Priv.-Tel.) Ein Reichsverband deutscher Aerzte zur friedlichen Verständigung mit den Krankenkassen ist in Berlin gegründet worden.

Köln. (Priv.-Tel.) Der große Korfu-Spielbankprozeß gegen Haucke und 13 Mitangeklagte ist dem Landgerichtsdirektor Dr. Caspar zugewiesen worden. Die Anklageschrift, die auf lithographischem Wege hergestellt wurde, umfaßt 400 Seiten. Der Prozeß dürfte 4 Wochen dauern.

Wien. Der Kaiser ist heute nachmittag zu achttägigem Aufenthalt nach Pest abgereist.

Rom. König Eduard ist heute nachmittag hier eingetroffen. König Victor Emanuel begrüßte den König von England, der den Zug verließ, während die Maschinen gewechselt wurden. Nachdem die Monarchen mit einer herzlichen Umarmung voneinander geschieden waren, setzte der König von England seine Reise nach Modena fort.

Petersburg. Der Kaiser hat auf seine Glückwunschdepesche ein herzliches Danktelegramm vom Sultan Mohammed V. erhalten, in dem der Sultan zugleich seine aufrichtigen Wünsche für die glückliche Regierung des Kaisers und die ständige Wohlfahrt seines Reiches ausspricht.

Rio de Janeiro. Die heute im Kongreß verlesene Botschaft des Präsidenten Moreira Penna stellt fest, daß die Beziehungen Brasiliens zu den Mächten befriedigend sind, und gibt dem Danke an den Deutschen Kaiser für die Einladung des Kriegsministers und anderer brasilianischer Offiziere zu den deutschen Manövern Ausdruck. Die Botschaft teilt mit, daß bereits acht Schiedsgerichtsverträge mit anderen Staaten unterzeichnet worden seien und daß Brasilien die Grenze mit Uruguay berichtigen werde. Bezüglich der finanziellen Verhältnisse wird mitgeteilt, daß sich das Finanzerträgnis des Jahres 1908, einschließlich des Ergebnisses der Anleihe von vier Millionen, auf 62 063 Goldkontos und 377 562 Papierkontos beläuft, während die Ausgaben 61 215 Goldkontos und 376 749 Papierkontos betrugen.

(Nachts etwa eingehende Depeschen siehe Seite 4.)

Frankfurt a. M. (Schluß.) Kredit 201,90. Distonto 189,50. Dresdner Bank 151,40. Staatsbahn 142,—. Lombarden 17,20. Laurahütte —,—. Ungar. Gold —,—. Portugiesen —,—. Türkenlose —,—. Ruhig.

Paris (nachm. 3 Uhr). Rente 97,40. Italiener —,—. Neue Portugiesen 61,80. Spanier 86,—. Türken (unsific. Anl. 93,10. Türkenlose 178,25. Staatsbahn —,—. Lombarden —,—. Ottomanbank 719,—. Behauptet.

Paris. Produktenmarkt. Weizen per Mai 25,85, per September-Dezember 25,90, fest. Mehl per Mai 64,75, per September-Dezember 65,—, ruhig. Spiritus per Mai 39,75, per September-Dezember 38,25, fest.

Oertliches und Sächsisches.

— Herzogregent Johann Albrecht verlieh Sr. Maj. dem Könige, Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen Johann Georg und Sr. Exzellenz dem Staatsminister Dr. von Otto das Großkreuz vom braunschweigischen Orden Heinrichs des Löwen. Hofmarschall v. Mangoldt-Reiboldt erhielt das Kommandeurkreuz 1. Klasse, Oberst v. Sackow das Kommandeurkreuz 2. Klasse, Major Wagner das Offizierskreuz und Hauptmann v. Elterlein das Ritterkreuz 2. Klasse desselben Ordens.

— Bei ihrem Uebertritt in den Ruhestand wurde dem Postsekretär Gäbler in Dresden das Ritterkreuz 2. Klasse des Albrechtsordens, den Ober-Postschaffnern Döring, Weiß und Rödiger in Dresden, den Ober-Briefträgern Preißler in Meißen und Richter in Löbau (S.), sowie dem Postschaffner Löwe in Dresden das Ehrenkreuz, dem Eisenbahnassistenten Kröber in Warnsdorf das Albrechtskreuz und den Bahnwärtern Bernhardt in Sommerfeld und Hartig in Oberkaina das Ehrenkreuz verliehen.

— Dem zum Generalkonsul von Venezuela in Hamburg ernannten Dr. Cardenas ist namens des Reiches das Exequatur erteilt worden.

— **Konservative Versammlungen.** In den letzten Tagen haben wiederum mehrfach öffentliche Versammlungen stattgefunden, die von der konservativen Partei einberufen waren, und die sämtlich einen sehr guten Besuch zu verzeichnen hatten. In Frankenberg sprach Reichstagsabgeordneter Dr. Wagner über die Frage der Reichsfinanzreform, in Wilsdruff Stadtverordneten-Vizevorsteher Buchbindermeister Unrasch über das Thema: „Mittelstand und politische Parteien", und in Bienenmühle bei Freiberg Generalsekretär Kunze-Dresden über das neue sächsische Wahlrecht. Eine lebhafte Debatte entwickelte sich nur in der letzten Versammlung, in der mehrere liberale Redner die Mittelstands- und Beamtenfreundlichkeit der konservativen Partei anzweifelten. Der schlagfertige Redner des Abends wies jedoch an einer Menge von Tatsachen nach, daß gerade die konservative Partei seit Jahren für die verschiedensten Berufsstände in energischer und zielbewußter Weise eingetreten sei. U. a. wies Herr Kunze, nachdem zwei Liberale die Nichteinführung des Reichstagswahlrechts beklagt hatten, darauf hin, daß die Liberalen, die in Sachsen die Einführung des Reichstagswahlrechts befürworteten, in den Hansestädten, in denen sie die Majorität hätten, die Einführung desselben wegen der ihrem Besitzstande drohenden Gefahren verhindert hätten.

— Auf Anregung der Ortsgruppe Tolkewitz des Nationalen Ausschusses für den 6. Reichstagswahlkreis hält Herr Dr. med. Hopf Sonnabend, den 8. Mai, von abends 8½ Uhr an im großen Saale von „Donaths Neuer Welt" einen Vortrag „Unsere Wehrmacht zur See", verbunden mit Lichtbildern. Der Zutritt ist unentgeltlich und jedermann gestattet.

— Die Stadtverordneten haben bei der Beratung der Vorlage über die **Aenderung des Liniennetzes und des Tarifs der städtischen Straßenbahn** eine von dem Vorschlage des Rates abweichende Führung der Linien 16 (Hauptbahnhof — Grenadierkaserne) und 12 (St. Pauli-Friedhof — Seidnitz) beschlossen und bei den Herstellungen an den Gleisen und am Bahnkörper 31 000 Mk. und an der Oberleitung 2700 Mk. gestrichen. Sie haben weiter die sogenannte neutrale Zone, die bei der Feststellung der Teilstrecken unberührt gelassen wird, auf die Augustusbrücke bis zum Neustädter Markte und die Carolabrücke bis zum Königin Carola-Platze ausgedehnt. Ferner haben sie beschlossen, die Benützung der Arbeiter-Wochenfahrkarten auf Verlangen auch während der Mittagspause gegen Zahlung eines angemessenen prozentual erhöhten Beitrages und bei verändertem Beginn und Schluß der Arbeitszeit in Betrieben auch zu anderen Tagesstunden als vor 7 bezw. 8 Uhr vormittags und nach 6 bez. 5 Uhr nachmittags zuzulassen. Als Tag des Inkrafttretens der Aenderung der Linienführung und der neuen Tarifbestimmungen haben die Stadtverordneten den 1. Oktober 1909 eingesetzt. Der Rat trat, wie schon kurz erwähnt, diesen sämtlichen Beschlüssen bei. Die Stadtverordneten haben den Rat weiter ersucht, bei der jetzigen Aenderung der Linienführung für eine direkte Verbindung zwischen dem Postplatze und dem Waldschlößchen besorgt zu sein. Hierauf behält sich der Rat die Entschließung bis nach Inbetriebsetzung des neuen Linienplanes vor.

— **Internationale Photographische Ausstellung Dresden 1909.** Außerordentlichen Anklang beim Publikum findet das in Form eines kleinstädtischen Marktes eingerichtete Vergnügungseck. Die darin befindliche Weinkneipe, der Kaffeeschank sowie die Verkaufsstände mit volkstümlichen Spielwaren, Töpfereien und Klöppelarbeiten erfreuen sich regen Zuspruchs, und überall herrscht lustiges Treiben. Heute Mittwoch spielt die Kapelle des 1. Feldartillerie-Regiments Nr. 12 unter persönlicher Leitung des Obermusikmeisters W. Baum. Das Konzert dauert ununterbrochen von 4 Uhr nachmittags bis 10 Uhr abends.

— **500jährige Jubelfeier der Universität Leipzig.** An der Feier des Jubiläums werden sich auch die deutschen Universitäten Oesterreichs beteiligen. Vor allem zeigt sich in Deutsch-Böhmen das regste Interesse für das Jubiläum, das zu gleicher Zeit an die schweren Drangsalierungen erinnert, welche die Prager Universität zu erdulden hatte. Eine dieses historische Ereignis versinnbildlichende Medaille ist auf Veranlassung der Gesellschaft zur Förderung deutscher Wissenschaft, Kunst und Literatur in Böhmen geprägt worden und wird am 29. Juli durch eine Abordnung in Leipzig feierlich überreicht werden. — Als Vorsitzender des Ausschusses für den Festzug richtet der Prorektor Geh. Hofrat Prof. Dr. Chun folgenden Aufruf an die Studierenden: „Kommilitonen! Der historische Festzug der Studentenschaft am 30. Juli d. J. bietet die einzige Gelegenheit, den außerhalb der Universität Stehenden — insbesondere der Bürgerschaft von Leipzig — die Bedeutung und den Ruhm unserer Alma mater vor Augen zu führen. Der Opferwilligkeit des Landtages, der Korporationen und der Freien Studentenschaft verdanken wir es, daß der Festzug nicht nur gesichert ist, sondern auch einen glänzenderen Verlauf nehmen wird, als anfänglich geplant war. Immerhin ist es erwünscht, einige Gruppen dadurch wirkungsvoller zu gestalten, daß sie verstärkt werden. Die Teilnahme von noch 300 Studierenden würde genügen, den stattlichen Eindruck des Zuges zu erhöhen. An alle Studierenden, insbesondere auch an jene, die erst kürzlich unsere Universität bezogen haben, richtet der Unterzeichnete die ebenso warme wie dringende Bitte, daß sie sich in die ausliegenden Listen umgehend einzeichnen möchten. Für den einzelnen ergeben sich aus der Teilnahme am Zuge keinerlei Ausgaben. Die Kostüme werden von dem Ausschuß kostenfrei geliefert unter der einzigen Bedingung unbeschädigter Rückgabe. Außerdem ist dafür Sorge getragen, daß den Teilnehmern der ganze Zug vor Augen geführt wird, indem er an geeigneter Stelle eine lange Schleife beschreibt. Die Listen zum Einschreiben liegen von Montag, den 3. Mai, bis Sonnabend, den 8. Mai, inkl., täglich von 11—1 Uhr im Zimmer des Jubiläums-Festkomiteés (Augusteum, 1. Etage) aus. Dort wird jede erwünschte Auskunft an Hand der ausgestellten Aquarellskizzen erteilt. Der